



EINE DEMOKRATISCHE KONFLIKTKULTUR
FÜR DIE ENERGIEWENDE

Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende

Abschlusspräsentation

26. Juni 2023



POTSDAM-INSTITUT FÜR
KLIMAFOLGENFORSCHUNG



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN



Hochschule Niederrhein
University of Applied Sciences



Institut für transformative
Nachhaltigkeitsforschung

INSTITUT
RAUM &
ENERGIE



UNIVERSITÄT
SIEGEN

STIFTUNG
MERCATOR

Förderung einer demokratischen Konfliktkultur durch Beteiligungsformate und –verfahren Nele Scholz

Institut Raum & Energie (IRE), Wedel

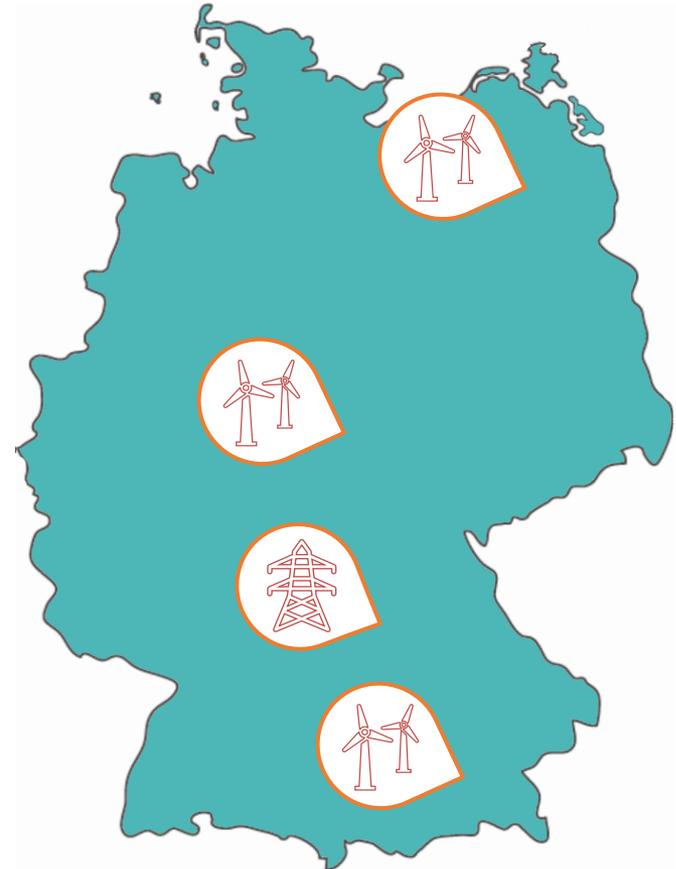
Projektteam: Dr. Michael Melzer und Teike Scheepmaker

Definition und Diskussion von Beteiligungsformaten, die geeignet sind

- **Konflikte** im Planungsprozess möglichst zu **minimieren**,
- **populistische Interventionen aufzuzeigen** und ihnen effektiv zu begegnen,
- allgemein die **Konfliktkultur** in den Planungsprozessen zu **verbessern** und
- darüber insgesamt die **Akzeptanz** regenerativer Energien zu stärken.

Arbeitsschritte von AP5

- 1 **Bestandsaufnahme** der Interventions- und Beteiligungsformate
- 2 **Diskussion** dieser Formate und Prozesse mit Stakeholdern aus den Fallregionen
- 3 **Handlungsleitfaden** für eine demokratische Konfliktkultur



1 Bestandsaufnahme

Beteiligungsziele

Entscheidungsmacht



Zwischenergebnisse

- Sammlung und Auflistung von Beteiligungsformaten
- in Zusammenarbeit mit HS Niederrhein: Auflistung von zentralen Qualitätsmerkmalen

Kurzbeschreibung	Teilnehmeranzahl und Zielgruppe	Ziel und Zweck	Projektphase	Räumliche Dimension	Grad der Beteiligung	Eskalationsstufe	Konfliktart	Handlungsebene und Laufzeit	Ähnliche / verwandte Prozesse	Weitere Informationen (inkl. Quellen) und ggf. Beispiele
Mediation Streitschlichtung	2 - 100 Verbände, Politik und sonstige Interessengruppen	Streitschlichtung und außergerichtliche Konfliktlösung	1-5	beliebig	Konsultation bis Mitbestimmung	latenter bis verbahener Konflikt (1-4)		mehrere Sitzungen à 1,5 bis 3 Stunden	Runder Tisch (oder eigene Kategorie)	Beispiel: Flughafen Nürnberg
Expertenhearing Expertengespräch	bis 150 Personen	Verbesserung des Verständnisses für komplexe Sachverhalte	2-4	beliebig	Information und evtl. Konsultation	Kein Konflikt bis verhärtet		Einleitung in übergeordneten Beteiligungsverfahren Dauer ca. 2-4 Stunden		https://www.umw.de/aktuelle-ereignisse/2018/08/2018-08-20-expertenhearing-berlin
Joint Fact Finding Gemeinsame Faktensicherung	Bis zu 40 Teilnehmende	Schaffung/Klärung und	1-2	beliebig	Information und Mitwirkung in der			mehrere Treffen à 2-3 Stunden		https://www.umw.de/aktuelle-ereignisse/2018/08/2018-08-20-joint-fact-finding-berlin

2 Wahrnehmung der Konfliktkultur

aus Sicht der Befürworter:innen

- „**harter Widerstand**“, mit dem eine konstruktive Diskussion i.d.R. nicht stattgefunden hat/nur schwer möglich ist
- BIs sind **sehr gut vernetzt** und haben z.T. erheblichen Einfluss auf die örtliche Bevölkerung
- fürchten eine **Frontenbildung** (Verzerrung der gesellschaftlichen Wahrnehmung)
- Vorwurf: Motivation der Gegner:innen basiert auf **egoistischen Beweggründen**

aus Sicht der Gegner:innen

- **Fehlen einer offenen Diskussionskultur:** Negative Auswirkungen werden „klein geredet“
- **Argumente der Gegner:innen werden nicht gehört** und ernst genommen / Planung ist schon abgeschlossen
- Vereinnahmung des Themas durch die AfD o.Ä.
- **Bevorzugung wirtschaftlicher Interessen** vor denen der Umwelt und Bevölkerung

2 Populistische Interventionen

Für die Analyse wurden folgende Eigenschaften angenommen, damit ein Protest bzw. ein Beitrag zu einer Diskussion als populistisch zu bewerten ist:

- die **Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse** und die strategisch kalkulierte Einführung von zweifelhaften Informationen, z. B. dem Versprechen einfacher Lösungen für komplexe Probleme,
- die offensive **Ablehnung etablierter demokratischer Strukturen und Willensbildungsprozesse**,
- im Extremfall die **persönliche Verunglimpfung**.

2 Anknüpfungspunkte populistischer Interventionen im Planungs- und Beteiligungsprozess

→ „Scheinbeteiligung“ und „Hinterzimmerpolitik“

- **Fehlendes Informationsangebot und Intransparenz:** eröffnen Räume für populistische Interventionen
- **Fehlende klare Positionierung/Bekanntnis zu getroffenen Entscheidungen der kommunalen und regionalen Politik** lässt (vermeintliche) Entscheidungsspielräume offen
- **Misstrauen in Gutachten** und den **Planungsprozess** (wiederkehrendes Problem: umweltfachliche Prüfungen müssen vielfach/mehrfach wiederholt werden, um Rechtssicherheit zu gewährleisten)

Feststellung

*Es gibt ein **Kommunikations- und Verständnisproblem über Rahmenbedingungen und Ablauf von Entscheidungs- und Abwägungsprozessen.** Grundsatzentscheidung über Windparks oder Stromleitung i.d.R. schon viel früher (auf übergeordneten Ebenen) getroffen. Die kommunale Ebene muss aber „Rede und Antwort stehen“ bzw. die Umsetzung gestalten.*

3 Empfehlungen für den Beteiligungsprozess

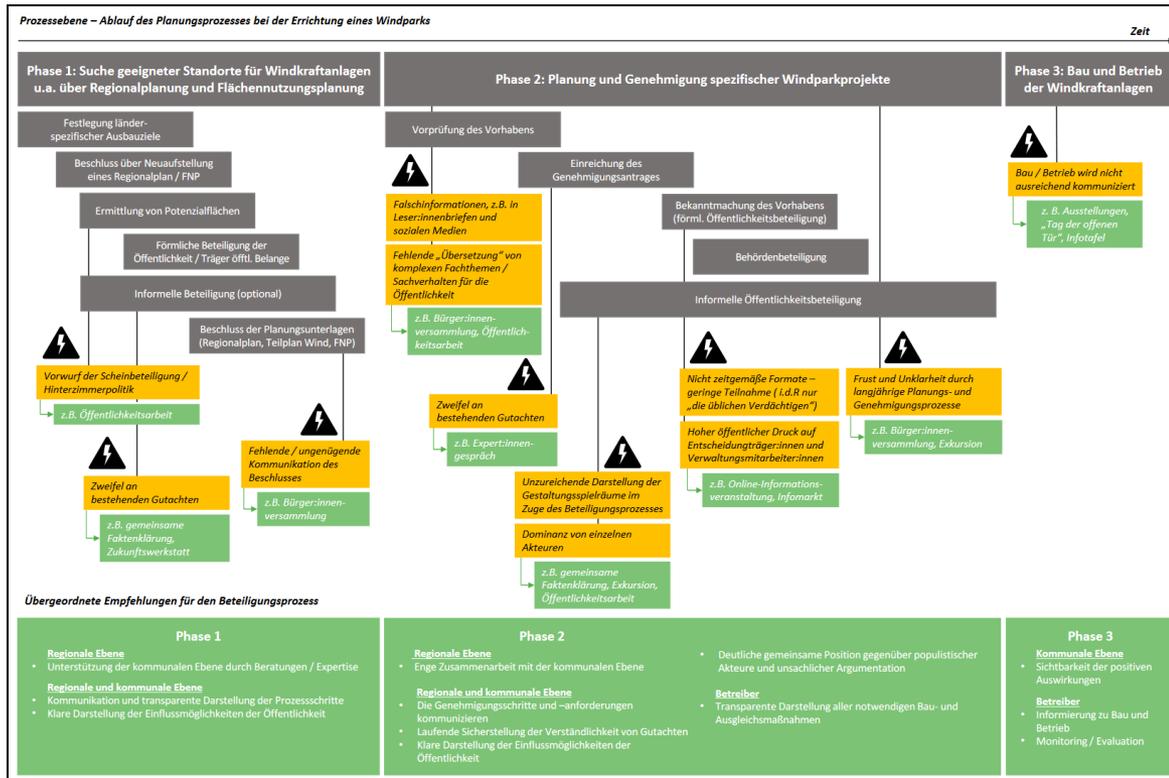
*Beteiligung ist **kein Allheilmittel**. Sie soll auch nicht „bekehren“, sondern die Bevölkerung in die Lage versetzen, eine eigene Meinung zu bilden und den **Abwägungsprozess transparent** machen.*



- Es gibt nicht „das eine Format“ → **Diversifizierung der Formate:** Beantwortung von Fragen/Leserbriefen, Vorstellung von Gutachten, Zukunftsworkshops, Ortsbegehungen, Projektwebseiten, Bildungsmaterial etc.
- **Einbindung von Multiplikator:innen**
- Transparenz und Klarheit von Beginn an → Positiv wenn die **Kampagnen unterschiedliche Perspektiven einnehmen**
- Kommunen müssen sprachfähig sein → **Unterstützung der kommunalen Ebene, z.B. durch Coaching-Angebote**
- Nicht nur die Frage **WAS** sondern auch **WIE** → rechtzeitig, klare Zielsetzung kommunizieren, neutrale Moderation, verständliche Sprache/Aufbereitung, Prozess auf Augenhöhe, personelle Kontinuität etc.



3 Handlungsleitfaden



Vielseitige & den Qualitätskriterien entsprechende Beteiligung

≠ keine Garantie gegen populistische Interventionen

= Nährboden entziehen und zur „demokratischen Konfliktkultur“ beitragen.

Handlungsleitfaden mit Konfliktpotentialen und deeskalierenden Handlungsoptionen

3 Schlussfolgerungen in Bezug auf Qualitätsmerkmale einer demokratischen Konfliktkultur

- **Überschaubare, verständliche Planungs-, Genehmigungs- und Entscheidungsprozesse**
 - erfordert entsprechende Ausstattung der Planungsinstanzen und Befähigung der Entscheidungsträger:innen sich mit den Themen auseinanderzusetzen.
- **Entscheidungsträger:innen müssen Zielkonflikte und Abwägungsentscheidungen transparent kommunizieren und v.a. vertreten**
 - Ehrliche Anerkennung von negativen Folgen z.B. Umweltauswirkungen sowie Darstellung des Abwägungs- und Entscheidungsprozesses führen nichts zwangsläufig zu einer höheren Akzeptabilität des Vorhabens, jedoch aber zu einer höheren Akzeptanz der Entscheidung

Die Regionalplanung ist im Prinzip die Institution, die Vorgaben zu liefern und Prozesse zu befördern hat (in vielen Bundesländern dramatisch unterdimensioniert sind, eine Bündelung der Aufgabenerfüllung durch die Länder scheint unverzichtbar).

3 Ausblick

Angesichts der aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung zur Beschleunigung der Prozesse ergeben sich für uns drei Fragen:

1. Welche Maßnahmen können die Verfahrensbeschleunigung unterstützen?
2. Wie kann trotz Beschleunigung eine konsensbildende Beteiligung gewährleistet werden?
3. Wie kann verhindert werden, dass die veränderte Situation populistisch missbraucht wird?

